

EDITORIAL

Dass in einer fetischistischen Gesellschaft die Ergebnisse des Handelns sich hinter dem Rücken der handelnden Menschen herstellen, gilt leider auch für die Kritiker dieses Zustandes. Es wäre allerdings wohl reichlich übertrieben, das erneut verspätete Erscheinen dieser *Krisis*-Nummer unmittelbar auf den Fetischzusammenhang zurückführen zu wollen. Denn immerhin bewegen wir uns hier ja auf einer Ebene, auf der Binnenbewusstheit durchaus nicht ausgeschlossen ist. Ein Blick auf die Oberfläche der gesellschaftlichen Erscheinungen beweist jedenfalls: Die Herausgabe einer Zeitschrift zu einem angekündigten Zeitpunkt ist prinzipiell kein Ding der Unmöglichkeit. Andererseits folgt die theoretische Produktion aber auch ihrer eigenen Logik, die sich nicht immer dem Publikationsrhythmus fügen will. In diesem Fall war es der geplante Schwerpunkt zum Thema „Krieg und Gewalt“, der unserer Planung einen Strich durch die Rechnung gemacht hat. Wie unsere arg auf die Geduldprobe gestellten Leserinnen und Leser feststellen werden, ist zu dem Thema nur ein einziger Beitrag in dieser Nummer enthalten: der Aufsatz von Franz Schandl *Der postmoderne Kreuzzug*. Von einem Schwerpunkt kann also schwerlich die Rede sein.

Das liegt nicht daran, dass sich die für die Wahl des zentralen Themas ausschlaggebenden Überlegungen in der Zwischenzeit als gegenstandslos erwiesen hätten. Allein der Fortgang in der postjugoslawischen Zerfallsreihe in Mazedonien und Entsendung von NATO-Truppen böten reichlich Anlass und Stoff, die Frage nach dem Charakter und den Bedingungen des Krieges im krisenkapitalistischen Zeitalter zu stellen. Es ist gerade die polit-ökonomische Unmöglichkeit einer nationalstaatlichen Neuzusammensetzung – nicht nur in dieser Region –, die eine mehr als bloß vorübergehende und prekäre Stabilisierung verhindert. Daran wird zugleich deutlich, dass die Weltwarengesellschaft mittlerweile zunehmend von Zwangsintegration auf soziale Desintegration umschaltet. Wenig kündigt so deutlich davon wie der neue Archetypus des Flüchtlings der dritten und vierten Generation. Schon das letzte Jahrhundert galt als das Jahrhundert der Flüchtlinge. Mit dem Kollaps nachholender Staatsbildung stieg aber nicht nur die Zahl derjenigen sprunghaft an, die in diese im Gefolge der nationalen Formierungsprozesse entstandene negative Sozialkategorie fallen; zugleich verliert sie zusehends ihren transitorischen Charakter.

Nicht nur der Entwicklung auf den realen Konfliktschauplätzen dieser Welt wegen gehört die Problematik „Krieg und Gewalt“ auf die wertkritische Tagesord-

nung, auch die aktuelle gesellschaftliche Debatte hebt sie auf die Agenda. Die Anwendung militärischer Mittel, in den 80er Jahren dank atomaren Patts und Nuklear-Pazifismus und vor dem Hintergrund der Nazivergangenheit zumindest hierzulande mehr oder minder Anathema, erlebt ihre sukzessive Rehabilitierung. Seit dem 2. Golfkrieg predigen Autoren wie Karl Otto Hondrich, Cora Stephan und andere Ex-Linke der einst friedensbewegten links-liberalen Öffentlichkeit, was deren Gros nur zu gerne hört: es gelte den Krieg zu „enttabuisieren“. Dieser falsche Abschied vom 80er-Jahre-Pazifismus läuft auf nichts anderes als auf ein zivilgesellschaftstheoretisch eingekleidetes Bekenntnis zum staatlichen Gewalt(anwendungs)monopol des Nordens im Weltmaßstab hinaus. Das neue gemeingefährliche Völker- und Menschenrechts-Kriegertum, das die Erinnerung an Auschwitz zur Legitimierung rot-grüner Beteiligung am Weltpolizistentum missbraucht, schreit aber geradezu nach einer Gegenposition, die sich auch theoretisch ausweisen kann. Eine radikal sich gerierende Linke, die mit ihren Analyserastern in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts stecken geblieben ist, überall immer nur die Konstellation des Zweiten Weltkriegs zu erkennen vermag und sich deshalb darauf fixiert hat, Fischer, Scharping und Co. als die Reinkarnation des ewigen deutschen Unwesens zu „entlarven“, ist dazu indes außerstande.

Dass wir mit dieser Ausgabe der *Krisis* vorerst noch keinen Beitrag zur Schließung dieser Lücke leisten, liegt daran, dass gleich zwei der geplanten Aufsätze unter der Hand zu Büchern ausgeüfert sind. Als solche sollen sie nun auch erscheinen. Der Text von Robert Kurz „Demokratischer Weltordnungskrieg. Die Wandlungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung“ kommt noch im Herbst dieses Jahres in der edition *krisis* heraus (Umfang ca. 160 Seiten). Ernst Lohoffs Untersuchung über die Metamorphosen des Krieges in der Geschichte der Warengesellschaft und über seine Rolle im Aufstiegs- und Zerfallsprozess der nationalstaatlichen Ordnung wird voraussichtlich Ende nächsten Jahres zur Publikationsreife gelangen.

Die Schwierigkeiten, den geplanten Themenschwerpunkt mit dem anvisierten Publikationsrhythmus zu synchronisieren, haben uns allerdings noch einmal deutlich vor Augen geführt, dass die bisher für die *Krisis* charakteristische theoretische Produktionsweise sich immer schwerer mit dem Anspruch verträgt, eine Zeitschrift im wirklichen Sinne des Wortes zu sein. Tatsächlich ist ja die *Krisis* schon immer weniger eine Zeitschrift gewesen, als eher das Publikationsorgan einer theoretisch arbeitenden Gruppe, die die Produkte ihrer Tätigkeit in „Jahrbüchern“ zusammenfasste (manchmal waren es auch Halbjahresbücher). Damit im Zusammenhang stand auch der Versuch, inhaltlich und positionell möglichst kompakte und in sich abgeschlossene Themenblöcke zu präsentieren, die sich meist um einen oder zwei weitausholende und umfangreiche Grundsatzartikel gruppierten. In letzter Zeit ist diese Art der Schwerpunktkonzeption freilich immer weniger geglückt. Immer öf-

ter sind geplante Aufsätze zu Büchern oder zu (teilweise immer noch unfertigen) Buchprojekten ausgeüfert. Dazu gehört übrigens auch die in *Krisis* 21/22 begonnene Auseinandersetzung mit Lacan, die von Robert Bösch ursprünglich als ein zweiteiliger Artikel konzipiert war. Unter der Hand hat das Projekt nun einen solchen Umfang angenommen, dass es mittlerweile leider völlig unmöglich geworden ist, es noch auf Artikelform herunterzubrechen.

Der Grund für diese Art von „Unfällen“ ist sicherlich nicht zuletzt darin zu suchen, dass eine bestimmte Phase wertkritischer Theorieentwicklung nun schon seit einigen Jahren als beendet gelten kann: die sukzessive Herausarbeitung aus dem Marxismus. In der Abstoßung von diesem altherwürdigen und weitgehend in sich kohärenten gesellschaftskritischen Denkgebäude und im Bruch mit seinen Essentials, wie etwa der Heiligkeit der Arbeit oder des Klassenkampfes, ergab sich selber wieder eine weitgehende Kohärenz der Kritik, aus der sich zugleich ex negativo immer auch eine ganz neue theoretische Perspektive erschließen ließ. In dem Maße jedoch, wie es darum geht, diese Perspektive selbst weiter zu verfolgen, also die Wertkritik weiter zu entfalten und auf den verschiedensten Ebenen der Analyse und des Diskurses zu konkretisieren, wird das Terrain sehr viel unübersichtlicher. Es bedarf eines neuen, größeren Rahmens, der nicht mehr quasi vorgefunden, sondern überhaupt erst einmal hergestellt werden muss.

Natürlich ist die Kritik des Marxismus keineswegs in jeder Hinsicht abgeschlossen. Es gibt da noch eine ganze Menge nachzuarbeiten. Ihren Status als allgegenwärtiges Leitmotiv aber hat diese Auseinandersetzung längst für uns verloren und damit steht eben auch die merkwürdige, auf diesen besonderen Inhalt zugeschnittene und durch ihn vorstrukturierte Darstellungsform zur Disposition. Nicht nur das „Chamäleon des Krieges“ (Clausewitz) lädt aufgrund seiner langen Geschichte und der engen Verzahnung von zivilen und militärischen Aspekten in der kapitalistischen Gesamtentwicklung dazu ein, große Bögen zu schlagen - und damit zu einer über die Aufsatzform hinauswuchernden Darstellungsweise. Soll der Anspruch nicht fallen gelassen werden, die Warengesellschaft als Ganze theoretisch zu durchdringen und zu kritisieren, stellen sich ganz ähnliche Schwierigkeiten bei jedem anderen, neu zu erschließenden Themenfeld ebenso. Darauf aber wollen wir uns zukünftig in der Form unserer theoretischen Publizistik besser einstellen.

Das heißt zum einen, bestimmte weit ausholende Darstellungen von vorneherein als Monographien zu planen, statt mit aller Gewalt zu versuchen, sie in das Prokrustesbett eines Zeitschriftenartikels zu pressen. Zum anderen soll die *Krisis* eine offenere Form als bisher erhalten und (wieder mehr) Zeitschrift werden. Mammutbeiträge vom Typus Auf-sechzig-Seiten-die-Welt-neu-Erklären werden nur noch ausnahmsweise einen Platz finden, dafür sollen aber neben den theoretischen Artikeln und Essays nun Diskussionsbeiträge und Kommentare zu diesen Artikeln, zu fortlaufenden Themenschwerpunkten und zu aktuellen gesellschaftlichen Debatten

ein höheres Gewicht erhalten. Mit der Einführung des Kommentarteils in der Nummer 21/22 haben wir diese Richtung ja bereits eingeschlagen, allerdings wurde er bisher – wir müssen es zugeben – redaktionell etwas vernachlässigt. Außerdem halten wir es für dringend notwendig, auch über den Kommentarteil hinaus die theoretische Entwicklung stärker als bisher in der Form von Debatten zu organisieren, also die *Krisis* insgesamt zu einem Forum wertkritischer oder auf die Wertkritik bezogener Auseinandersetzungen weiterzuentwickeln.

Der Anspruch ist nicht ganz neu. Und obwohl das Spektrum der Beiträge in der *Krisis* in den letzten Jahren durchaus größer geworden ist, können wir nicht behaupten, ihn bisher wirklich eingelöst zu haben. Das lag zum einen sicher daran, dass eine breitere wertkritische Debatte zunächst überhaupt gar nicht existierte – und auch jetzt existiert sie nur in Ansätzen. Zum anderen standen wir uns aber mit unserer eingeschliffenen publizistischen und redaktionellen Vorgehensweise teilweise auch selbst im Wege. Im Grunde genommen war die bisherige Redaktion als Gruppe von Autoren, die primär ihre eigene Publizistik organisierte, zu einer darüber hinausgehenden redaktionellen Tätigkeit nur sehr bedingt in der Lage. Als Konsequenz daraus haben wir nun eine neue Redaktion gebildet, die nicht mehr identisch mit der Gruppe der bisherigen „Nürnberger Stammautoren“ ist und der es eher gelingen dürfte, die anstehenden theoretischen Auseinandersetzungen und Debatten in der *Krisis* zu organisieren und zu strukturieren. Dies ist also die letzte Ausgabe, die noch von der alten Redaktion betreut wurde. Niemand sollte aber befürchten, dass nun die „Stammautoren“ desertieren oder sich nur noch darauf konzentrieren, Bücher zu schreiben. Auch an den für die nächste Zeit vorgesehenen thematischen Schwerpunkten ändert sich dadurch nichts: sie reichen von der Kritik der Aufklärung und der Subjektform über eine Vertiefung der Krisen- und Werttheorie bis hin zu einer neuerlichen Beschäftigung mit der „ökologischen Frage“ – um nur die wichtigsten zu nennen. Die nächste Ausgabe, das können wir jetzt schon ankündigen, wird den Schwerpunkt auf das Verhältnis von Theorie und Praxis legen.

Diese Ausgabe der *Krisis* wird durch den ursprünglich für den Schwerpunkt konzipierten Beitrag von Franz Schandl *Der postmoderne Kreuzzug* eröffnet. In 20 Paragraphen kreist der Autor das noch schwer fassbare, weil relativ neue Problem des „postmodernen Krieges“ essayistisch ein, ohne damit den Anspruch zu erheben, es umfassend zu analysieren. Sein Verfahren bezeichnet er als eines von „Schlaglichtern und Zusätzen“. Der postmoderne Krieg wird als Verfallsform des modernen, nationalstaatlichen und politischen Krieges verstanden, wie ihn zuerst Clausewitz theoretisch auf den Punkt gebracht hat. Mit dem Zerfall der Staatlichkeit zerfällt auch diese Form der Kriegsführung. Sie wird tendenziell poststaatlich, postnational und postpolitisch. Charakteristisch für sie ist nicht ihre Bestimmtheit,

sondern ihre Unbestimmtheit. *Anything goes* gilt auch für den Krieg. Selbst die Dualität von Krieg und Frieden verliert zunehmend ihre Geltung, wo sich Banden in wechselnden Koalitionen bekämpfen, die Fronten verschwimmen und formale Kriegserklärungen unterbleiben. Und auch die Kriege des Nordens gegen unbotmäßige „Schurkenstaaten“, die man euphemistisch lieber Strafaktionen oder besser noch Friedensmissionen nennt, haben einen anderen Charakter als jene aus der Zeit des Kalten Krieges. Es sind Kreuzzüge im Namen von Freiheit und Demokratie, die immer weniger strategische Ziele verfolgen. Das macht die Kriegspolitik des Nordens nicht weniger gefährlich. Im Gegenteil. Sie ist Ausdruck eines zunehmend blindwütigen Fundamentalismus der Menschenrechte, der ungerührt über Leichen geht – „Menschen verletzen ist erlaubt, Menschenrechte zu verletzen nicht.“ (Schandl) – und zu dessen wichtigsten Stichwortgebern Huntington gehört (siehe auch *Krisis* 20). Zwar wäre das, was dieser schreibt, fast lächerlich zu nennen, doch dahinter steht die geballte militärische Potenz des Nordens.

Schandls Beitrag geht aber über die politischen Aspekte des Krieges hinaus. In den Paragraphen „Schwanz und Krieg“ und „Ermannen!“ wirft er ein Schlaglicht auf den Zusammenhang zwischen patriarchaler Männlichkeit und Kriegertum. Durchgängig reflektiert er auch die Rolle der Medien in den postmodernen Kreuzzügen: „Es sind vor allem die halluzinogenen Massenmedien, die die Politik fortwährend in jedes militärische Abenteuer hineintreiben wollen. Im Ranking des Hetzens hat die zivile Gesellschaft in vielen Fällen die Staats- und Militärapparate weit hinter sich gelassen. Ideologie-Offiziere des Nordens treiben sich mehr in den NGOs als in den Generalstäben herum.“ Und schließlich setzt sich der Autor mit dem Wiedererstarken des Identitätswahns auseinander, dessen Hintergrund gerade das Brüchigwerden der Identitäten ist. Dem stellt er die Perspektive gegenüber, die Menschen zu „entvolken“ und zu „entnationalisieren“: „Wie man heute keinen Goten und Vandalen nachweint, so wird man einstens auch keinen Deutschen und Österreichern, aber auch keinen Franzosen oder Amerikanern nachtrauern. Nationen sind vergänglich, gleiches gilt für den Singular. Kritische Theorie und emanzipatorische Praxis haben dieser Vergänglichkeit nachzuhelfen.“

Bei dem Beitrag *Das Wesen des Rechts* von Peter Klein handelt es sich um die Auskoppelung aus einem längerfristig angelegten Projekt zur Demokratiekritik, das den Arbeitstitel „Die Herrschaft der Beliebigkeit“ trägt. Der Verfasser unternimmt damit zum zweiten Mal den Versuch, den Prozess der Demokratisierung grundsätzlich vom wertkritischen Standpunkt aus darzustellen. Ein erster Anlauf, der das Thema vom Phänomen der politischen Partei her in Angriff nahm, erwies sich als undurchführbar und musste abgebrochen werden (vgl. *Krisis* 14: *Pars pro toto*).

Der zentrale Gedanke, der in dieser Kritik entwickelt wird, lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: Der Prozess der Demokratisierung, wie er in den vergan-

genen zweihundert Jahren stattgefunden hat, ist die Inbesitznahme der beteiligten Menschen durch die gesellschaftliche Form des Rechts, also die Verrechtlichung aller menschlichen Beziehungen. Dem Rechtssystem wiederum liegt eine zur „Objektivität“ des Werts bzw. der Wertform sich komplementär verhaltende „Subjektform“ zu Grunde, nämlich diejenige des vereinzelt bzw. abstrakten Individuums, das seine „Würde“ darin hat (und sieht), dass ihm von eben diesem Rechtssystem die Betätigung des freien Willens zugebilligt wird, wie er in allen Vertragsbeziehungen – vornehmlich Kauf und Verkauf – zum Einsatz kommt. Der freie Wille ist auch diejenige Kategorie, von der die Kantsche Rechtsphilosophie ihren Ausgang nimmt. Kant weist nach, dass die prinzipielle Anerkennung dieser Subjektform nur im Rechtszustand gewährleistet ist, dass der freie Wille logisch notwendig nach einem Gesellschaftszustand verlangt, der unpersönlich regiert wird: von Gesetzen, die dem theoretischen Gesetzesbegriff (nämlich der „reinen Form der Allgemeinheit überhaupt“) möglichst nahe kommen sollten. Dieser Zustand aber ist der Staat.

Die Auseinandersetzung mit Kants Rechtsphilosophie steht im Mittelpunkt des Gesamtprojekts, nicht jedoch in dem des hier veröffentlichten Abschnitts, der diese Auseinandersetzung allererst vorbereiten soll. Im Untertitel kommt dies zum Ausdruck. Eine „Rehabilitierung der Rechtsphilosophie“ hält der Autor für nötig, weil der in den Gesellschaftswissenschaften herrschende Positivismus das entsprechende Reflexionsniveau, bei dem die Rechtsform noch selbst zur Debatte steht, längst ad acta gelegt hat. Die Situation ist hier ganz ähnlich derjenigen, die mit dem Fortschreiten des Kapitalismus auch im Bereich der Politischen Ökonomie eingetreten ist. Schon Marx hat ja darauf hingewiesen, dass die „Vulgärökonomien“ schon bald nach Adam Smith (übrigens ein Zeitgenosse von Kant) damit aufgehört haben zu fragen, welcher gesellschaftliche – und damit historisch beschränkte, historisch endliche – Inhalt sich in der Wert- bzw. Warenform der Produktion überhaupt geltend macht. Diese als eine Selbstverständlichkeit vorausgesetzte Kategorie (des Werts bzw. der Ware) ist die von ihrem Standpunkt aus nicht kritisierbare Grundlage aller Volkswirtschaftslehre. Und der Rechtsform ergeht es in den modernen rechtswissenschaftlichen Disziplinen genauso. Das Unverständnis gegenüber der „philosophischen Etappe der Verrechtlichung“ äußert sich darin, dass man die Frage nach dem „Wesen des Rechts“ teils für überholt erklärt, teils politizistisch uminterpretiert. Außerstande, die Institutionen Recht und Staat grundsätzlich in Frage zu stellen, biegt der Positivismus die entsprechenden philosophischen Untersuchungen des 17. und 18. Jahrhunderts so hin, als hätten sie sich auf den wahren oder richtigen *Inhalt* des Rechts gerichtet. Unvermittelt wird dann die Brücke zur Ära des politischen Totalitarismus und seiner „staatlich verordneten Einheitsideologie“ geschlagen. Die Frage, wie die Rechtsform selber richtig zu denken sei, fällt unter den Tisch. Das landläufige Verständnis Rousseaus als des Befürworters einer bestimmten Sorte von Staat, nämlich der sogenannten „totalitären Demokratie“

bzw. des „Sozialismus“, ist die Probe aufs Exempel. In der vorliegenden Untersuchung wird Rousseau gegen diese Interpretation in Schutz genommen – ohne dass er dadurch harmloser aussähe. Der Verfasser zeigt, dass man die Rousseausche Position durchaus mit dem Etikett des Totalitarismus versehen kann, dass aber der Inhalt dieses Totalitarismus, da er den freien Willen des vereinzelt Individuums mit umfasst, viel weiter reicht, als es den Befürwortern der pluralistischen Demokratie lieb ist. Rousseau (wie dann auch Kant) steht für jenen Totalitarismus, der mit dem Rechtszustand selbst gesetzt ist, für jenen Totalitarismus, der die Menschen an den illusionären Zustand einer „persönlichen Freiheit“ ausliefert, in welchem sie „selbstverantwortlich“ (nämlich voneinander isoliert und ein jeder für sich) mit den „objektiven Anforderungen“ zurechtkommen müssen, die der globalisierte Markt ihnen zumutet. Die „Rehabilitierung der Rechtsphilosophie“ ist also ihre Anerkennung und Kenntlichmachung als eine gefährliche Gegnerin. Sie dient dazu, dem Recht und der ihm zu Grunde liegenden Subjektform den Krieg erklären zu können.

Den über weite Strecken der Entwicklung „links“ besetzten Glauben an die Demokratie bezeichnet der Verfasser als „illusorische Begleiterscheinung“ der Verrechtlichung. Er rührt daher, dass die politischen Kollektivsubjekte – Volk, Nation, Klasse –, die im Verlauf der Demokratisierungsgeschichte zur „politischen Macht“ gelangten bzw. strebten, mit der Hoffnung auf ein tatsächliches Verfügen über den gemeinsamen Lebenszusammenhang verbunden wurden. In Wirklichkeit bahnten sie aber nur – in der Auseinandersetzung mit den vormodernen Abhängigkeitsverhältnissen – der Kantschen „Allgemeinheit eines Gesetzes überhaupt“ den Weg. Die Herstellung dieser abstrakten Allgemeinheit, die alle Gesellschaftsmitglieder als Staatsbürger in die gleiche „Subjektform des Wertes“ bannt, erfolgte entlang der bekannten politischen Ideologien: des Liberalismus/Sozialismus einerseits (= Aufstiegsphase des demokratischen Glaubens), des Totalitarismus/Pluralismus andererseits (= Verfallsphase des demokratischen Glaubens). Mit der Darstellung dieser „Geschichte der Verrechtlichung“ soll das Projekt abgeschlossen werden.

Außer dem hier veröffentlichten Abschnitt liegt noch die ca. 20 Seiten umfassende „Einleitung“ in das Gesamtprojekt vor, die Interessenten gerne als Kopie über die Redaktionsadresse beziehen können (Unkostenbeitrag in Briefmarken: 4 DM bzw. 2 Euro).

Mit dem Artikel *Gene, Werte, Bauernaufstände* eröffnet Anselm Jappe die Debatte auf einem brisanten und für die wertkritische Auseinandersetzung neuen Themenfeld. Seine Kritik der Gentechnologie hebt sich vom laufenden pastoral muffelnden Ethik-Diskurs insofern ganz grundsätzlich ab, als sie diese per se als Enteignungstechnologie kenntlich macht, statt bloß vor Auswüchsen bei ihrer Anwendung zu warnen. Der Autor zeigt, dass die Gentechnik die äußerste Konsequenz des modernen, warengesellschaftlichen Naturverständnisses und -verhält-

nisses ist, weil in ihr das Prinzip des *Reductio ad unum*, also das Prinzip des Werts, auf die Spitze getrieben wird. Alle Formen des Lebens, ob es sich nun um Pflanzen, Tiere oder Menschen handelt, werden wie ein und dasselbe undifferenzierte genetische Material behandelt, von allen qualitativen Unterschieden und Besonderheiten wird also radikal abstrahiert. Jappe thematisiert dabei, anders als die auf das Phantom eines genetisch optimierten Übermenschen fixierten Kritiker, die bloß in negativer Besetzung selber dem Machbarkeitswahn der Betreiber aufsitzen, die immanenten Grenzen naturwissenschaftlicher Weltbemächtigung. Desaströse Perspektiven ergeben sich weniger daraus, dass die gentechnologischen Hirngespinnste der Betreiber eins zu eins Wirklichkeit werden könnten. Vielmehr ist die in der Gentechnik materialisierte Form der Naturbeherrschung dazu angetan, das zu zerstören, dessen sie sich zu bemächtigen glaubt. Das biologische Erbe taugt nicht zur Ware, die Natur lässt sich in ihrer Komplexität nicht auf die ärmliche gentechnologische Eindimensionalität reduzieren, und wo diese Reduktion gesellschaftliche Praxis wird, bedeutet dies letztlich statt „produktiver Zerstörung“ (Schumpeter) im Sinne des Kapitals blanke Zerstörung.

Nicht nur weil er mit seiner Analyse ein für die *Krisis* neues Feld erschließt und damit gleichzeitig einen Gegenakzent zu der reichlich handzahmen einschlägigen Debatte setzt, ist Anselm Jappes Beitrag brisant. Zugleich wirft er damit die grundsätzliche Frage nach dem Verhältnis von Produktivkraftentwicklung und gesellschaftlicher Emanzipation erneut auf. Seine Auflösung dieser Frage wird wahrscheinlich unter unseren Leserinnen und Lesern kaum weniger kontrovers diskutiert werden als im Kreis der *Krisis*-Autoren. Wir verstehen den Beitrag dementsprechend als Einstieg in eine Debatte, die wir in den nächsten Ausgaben auf jeden Fall weiterführen werden.

Der Kommentar- und Debattenteil wird mit einem Beitrag von Ernst Lohoff zur Energetik der Warengesellschaft und zur politischen Ökonomie der Atomenergienutzung eröffnet. *Ein Auslaufmodell eigener Art* wurde ursprünglich als Eingangsreferat für die Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung im März 2000 verfasst und ist für diese Ausgabe der *Krisis* leicht überarbeitet und aktualisiert worden. In seinen Thesen *Objektivismus und Subjektivismus in der Soziologie* setzt sich Udo Winkel mit einer grundlegenden Problematik bürgerlicher Gesellschafts- und Sozialwissenschaft auseinander: ihrem Schwanken zwischen den beiden Polen der „ungesellschaftlichen Gesellschaftlichkeit“, dem abstrakten Individuum auf der einen und seinem verdinglichten gesellschaftlichen Zusammenhang auf der anderen Seite. *Warenform und Rechtsform* von ANTI, einem Redakteur von *karoshi*, ist die Rezension des Buches mit gleichnamigem Titel von Andreas Harms. Es handelt sich dabei um einen Beitrag zur Kritik des Rechtsbegriffs anhand einer Aufarbeitung der Rezeptionsgeschichte der Rechtstheorie von Eugen Paschukanis. Eine

weitere Rezension ist der Artikel von Gerd Bedszent *Kein Kaffeekränzchen mit dem Kanzler*, in dem das von Bernd Gehrke und Wolfgang Rüdtenklau herausgegebene Buch ... *das war doch nicht unsere Alternative* besprochen wird. Zehn Jahre nach der „Wende“ ziehen ehemalige DDR-Oppositionelle dort Bilanz. Anschließend stellt Anselm Jappe in seinem Beitrag *Wert ohne Arbeit?* die französische Theoriezeitschrift *Temps critiques* vor. Diese Zeitschrift ist eine der wenigen in Frankreich, die einen (im weiteren Sinne) wertkritischen Bezugsrahmen besitzt, und verdient schon aus diesem Grund Beachtung. Der Artikel *Gesellschaftliches Marodieren* von Franz Schandl verfolgt die Frage, was eine Gesellschaft macht, wenn sie an die Grenzen ihrer Entwicklung stößt. Seine These dazu lautet: Sie verfällt nicht in Wohlgefallen, sondern wird noch einmal all ihre destruktiven Kräfte entfalten. Als wichtiges Symptom dafür kann die zunehmende Bedeutung des Bandenwesens im Zerfallsprozess der Warengesellschaft gelten. Als letzten Beitrag dokumentieren wir noch ein Thesenpapier von Ernst Lohoff und Norbert Trenkle *Was heißt da Krisis-Zusammenhang?*, das für das letzte *Krisis*-Seminar verfasst wurde. Ziel des Papiers war es, einen Prozess der Reflexion des ziemlich heterogenen Zusammenhangs, der sich um die *Krisis* gruppiert, über sich selbst anzuregen. Gerade angesichts einer immer weiteren Ausdifferenzierung der Wertkritik und ihres wachsenden Einflusses auf den gesellschaftskritischen Diskurs halten wir eine solche Selbstreflexion für dringend notwendig. Deshalb wollen wir die ursprünglich eher für den „internen Gebrauch“ gedachten Thesen auch unseren Leserinnen und Lesern nicht vorenthalten.

Abschließend noch ein Hinweis auf zwei neuere Bücher von *Krisis*-Autoren: „Übersetzungen – Studien zu Herbert Marcuse“ (Ventil Verlag) von Roger Behrens und „Marx lesen“ (Eichborn Verlag) von Robert Kurz. Außerdem sei noch auf unsere neugestaltete Homepage (www.krisis.org) mit umfangreichem Textarchiv und auf unsere neue Newsgroup verwiesen, die über Aktivitäten, Termine und aktuelle Veröffentlichungen informiert (Näheres dazu auf S. 15).

Ernst Lohoff und Norbert Trenkle für die Redaktion

PS: Der Satz dieser *Krisis* war gerade beendet, als der Irrationalismus des Waren produzierenden Weltsystems in New York und Washington auf sich selbst zurückschlug. Die Nummer noch einmal „aufzuschnüren“, dafür war es zu spät. Für Analysen der aktuellen Entwicklungen müssen wir unsere Leserinnen und Leser daher vorerst auf unsere Homepage sowie auf Artikel von *Krisis*-Autoren in anderen Zeitschriften verweisen (u.a. ein Text von R. Kurz in *Konkret* 11/01). Erinnert sei außerdem an die gerade hochaktuelle Huntington-Kritik in *Krisis* 20.